

Verband
heim,
Gebung.
mittags 1/2 6 Uhr,
osen"
ammlung
beiter, soweit sie in
die Versammlung
verwaltung:
hmann.

Wäsche

fen, 80 cm
Das Meter
7., 18.-

3. Stenografie,
am Markt.

ng
Kraft-
anlagen,
er Art,
n zugelassen

Biergasse
Nr. 128,
häft.

Verkauf

ichtung

Septbr. 1920
Bäckereien u. s. w.
Anleitung

thengsstell.

ie und
n

, Telef. Nr. 146.

enst!

feine verschiedenen

anzierungen,
iten,
Vertreter

Später Übertragung
o. S. Nr. 396

vorzügliches

berzeit angenommen
e und Verpackungs-
bet
gros, Münster
27.

stift ein großer

g. Käufer-
eine

mtstierärztlich

Hirsau, Telefon
Nr. 24.



Nr. 208.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl., Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Hg.
Reklamen 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 3.

Mittwoch, den 1. September 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis
M. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

B Verschärfung der äußeren Lage.

Zur Lage.

Die polnische Offensive scheint zum Stillstand gekommen zu sein, und schon treten die Bolschewisten wieder mit Ankündigungen einer großen Gegenoffensive auf den Plan. Inwiefern es sich hier um Tatsachen oder Propaganda handelt, werden die nächsten Tage und Wochen ja zeigen. Man glaubt in militärischen Kreisen nicht so recht an eine neue Offensivmöglichkeit der Bolschewisten, da sie zuviel Menschen und Kriegsmaterial verloren hätten. Der französische General Weygand, der den Polen mit einem großen Stab als Berater bei ihrer Gegenoffensive zur Seite stand, sagt, die Polen seien noch zu weiterem Vormarsch fähig, da sie über weit mehr Artillerie und auch bessere Organisation verfügen als die Bolschewisten. Die Abreise Weygands aus Warschau wurde von der öffentlichen Meinung als Ausfluß von Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Warschau gedeutet. Selbstverständlich wurde diese Auffassung von der polnischen Regierung sofort dementiert. Aber es ist gut möglich, daß man durch die Abberufung des französischen Stabs die Polen zu weiterer Verschleppungstaktik wie vormals treiben wird. Sie behaupten, sie könnten in Warschau nicht verhandeln, weil die zerstörten Telegraphenleitungen den Verkehr mit Warschau unmöglich mache. Die Telegraphenleitungen werden aber gerade zu dem Zweck zerstört worden sein.

Die Entente jedoch hat zur Zeit gar kein Interesse an der Fortführung des Krieges gegen die Bolschewisten, denn England und Italien sind so gewaltig engagiert, daß ihnen das polnische Abenteuer mit der ständig drohenden Gefahr der Ausbreitung des Bolschewismus auf den Orient allmählich auf die Nerven geht. Frankreich hätte den polnischen Sieg ja gerne gesehen, damit man die Barriere gegen Deutschland umso stärker machen könnte, aber die andern Ententestaaten sehen etwas weiter. Sie wissen, daß das 100 Millionen-Volk der Russen sich von den Polen nicht unterliegen lassen wird, und daß bei einer Fortdauer des Kampfes die Bolschewisten Indien, Persien und das gesamte frühere Herrschaftsgebiet der Türkei für ihre Zwecke gewinnen könnten. Die Franzosen haben sich diesen Argumenten in Luzern fügen müssen, und haben für dieses Entgegenkommen dann sicherlich wieder freie Hand gegenüber Deutschland zu gewinnen vermocht. Inwiefern die Entente in bezug auf die Behandlung Deutschlands einig ist, das sehen wir aus dem standalösen Verhalten der Besatzungsstruppen in Oberschlesien, die keinerlei Anstalten getroffen hatten, um dem organisierten Einsatz der Polen zu begegnen. Es ist im Gegenteil einwandfrei festgestellt, daß die Franzosen diese schamlosen Uebergriffe polnischer Banden nicht nur geduldet, sondern sie direkt unterstützt haben, weil ihnen im Interesse der völligen Zerschlagung der deutschen Industrie daran liegt, das ober-schlesische Kohlengebiet den Polen zuzuschlagen. Auf diese Weise soll dann die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie erreicht werden, indem sie von auswärtigen Kohlen beziehen muß, und damit die von Frankreich gewünschte Millionenauswanderung Deutscher, die ja schon von den Amerikanern in die Wege geleitet wird, durch Einrichtung von Auswandererschiffahrtslinien. Deshalb hat man dem deutschen Volk seine Kolonien gegen die Versprechungen des Erzherzogen Wilson genommen, deshalb hat jetzt die englische und französische Regierung erklärt, sie hätten keine Transportmittel, um die 100 000 Flüchtlinge, die durch die Hilfe deutsch-amerikanischer Farmer aufgebracht wurden, nach Deutschland zu schaffen, deshalb macht Amerika auch keinen Frieden mit Deutschland, damit der Dollar oben bleibt, und der deutsche Markt sich nicht erholen kann, wodurch unsere Rohstoff- und Lebensmittelinfuhr verhindert wird. Die intelligenten und tüchtigen deutschen Arbeitskräfte sollen den Angelsachsen zur Hebung ihrer Volkswirtschaft und Technik dienen. Wenn bei uns endlich eingesehen würde, wie die Angelsachsen und Romanen systematisch auf die Einschränkung des deutschen Volkstums ausgehen, dann würde man sich wohl doch schließlich zu einem gemeinsamen nationalen Empfinden und Handeln zusammenfinden, das nur allein verhindern kann, daß die Vernichtungspläne der Entente sich in vollem Umfang auswirken. Auch die Ententearbeiter arbeiten an diesem Plan systematisch mit, das haben uns die letzten „internationalen“ Kongresse klar gezeigt, das zeigt uns die Tätigkeit des sog. „internationalen Arbeitsamts“, das im Sinne der Auswanderungsförderung direkt tätig ist, indem es sich den Anschein gibt, als ob es für die Auswanderer Bergünstigungen erreichen wolle, während es doch nur darauf aus ist, die Auswanderung im Sinne der Entente anzuregen.

Gerade in den nächsten Tagen und Wochen wird feste Einigkeit des deutschen Volkes recht notwendig sein. Wir haben eine neue Droh- und Erpressungsnote Frankreichs zu erwarten wegen der Vorgänge in Breslau, die zu Ausschreitungen im französischen Konsulat geführt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Ausbruch nationalen Empfindens auf die Er-

regung zurückzuführen ist, die nicht nur in Schlesien, sondern in ganz Deutschland durch die offene Unterstützung der Polen seitens der Franzosen bei dem ober-schlesischen Putz hervorgerufen wurde. Die berechtigten Empfindungen nationalen Zorns hätten sich angesichts unserer derzeitigen Ohnmacht aber anders auslösen sollen, denn solche Äußerungen geben den Franzosen, die tatsächlich heute das deutsche Volk beherrschen, nur willkommenen Anlaß zu erneuten Erpressungen und Demütigungen. Die französische Presse wünscht jetzt schon die Aufzerrung einer schweren Selbstbuße für Breslau und — die Schließung der Universität. Wir werden ja bald sehen, inwiefern die öffentliche Meinung Frankreichs in diesem Falle das Sprachrohr der Regierung darstellt. Daß man in Paris wieder einmal die Gelegenheit ergreifen will, vor aller Welt Deutschland zu demütigen, das sieht man daran, daß die Angelegenheit durch eine Note von Paris aus erledigt werden soll. Öffentlich verläumdet die deutsche Regierung nicht, auf den wirklichen Ursprung der Breslauer Ausschreitungen nachdrücklich hinzuweisen.

Unverschämte französische Sühneforderungen wegen der Breslauer Vorgänge.

(W.B.) Berlin, 31. August. Der französische Botschafter überreichte heute dem Reichsminister des Auswärtigen die Note wegen der Breslauer Vorgänge. Die Note stellt eine Reihe von Sühneforderungen, über die heute nachmittag im Reichskabinett eingehend beraten worden ist. Vor der Veröffentlichung der Note hat der Reichsminister des Auswärtigen noch eine Besprechung mit dem französischen Botschafter gehabt.

(W.B.) Berlin, 31. Aug. Die von dem französischen Botschafter heute überreichte Note hat folgenden Wortlaut: Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. d. Ms. beehre ich mich, Ew. Erzellenz die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beilegung des ersten Zwischenfalls bekanntzugeben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 20. August d. J. zugetragen hat: 1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in stand gesetzt. — 2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte und für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat. — 3. Alle an dem Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlungen wird der Botschaft binnen 8 Tagen (!) mitgeteilt. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis (!) Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberfalls möglich geworden ist, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und des französischen Botschaftsrats wieder eröffnet. Die Flagge wird gleichzeitig gehißt und weht bis 7 Uhr abends. Eine Kompanie Reichswehr mit Musik erweist die Ehrenbezeugung und defiliert vor dem Konsulat. Das Programm des Herganges wird im Einverständnis mit dem Botschafter festgesetzt. Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie bei der Beleidigung der französischen Botschaft vom 16. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Maßnahmen gegen Hauptmann v. Arnim.

Die Regierung der Republik wünscht mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten. Aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre zivilen und militärischen Vertreter in Deutschland zeigt, daß es gewisse Elemente auf Herausforderungen abgesehen haben, zu denen das regelmäßige Ausbleiben einer Bestrafung geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlimmern wird, wenn die deutsche Regierung nicht durch deutliche Mißbilligung und nachdrückliche Bestrafung zeigt, daß sie dem ein Ende setzen will.

In diesem Sinne beehre ich mich, im Auftrag meiner

Regierung die Forderung zu stellen, daß die deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind, hier in der Botschaft binnen kürzester Frist durch Se. Erzellenz dem Reichskanzler ihr Bedauern ausdrückt und zugleich die Zusage erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderte Genugtuung in vollem Umfang gewährt werde.

Im übrigen behalten sich die verbündeten Regierungen selbstverständlich vor, die Sühne und Wiedergutmachung zu verlangen, die die Angriffe gegen die interalliierten Kontrollkommissionen und ihre Mitglieder zu erforderlich scheinen. Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. (gez.) Charles Laurent.

Berliner Stimmen.

Berlin, 1. Sept. Zu der französischen Sühneforderung für Breslau sagt die „Germania“: Wenn für eine Tat jugendlicher Unbesonnenheit solche Wiedergutmachungsforderungen wie hier gestellt werden, so dient das wahrlich nicht dem Frieden, nicht der Völkerverständigung, nicht der so dringend erwünschten deutsch-französischen Entspannung und auch nicht der Bekämpfung der hochgehenden Erregung des Teils des deutschen Volkes, der den Schmerz der Niederlage, die Demütigung der alles Maß übersteigenden Waffenstillstands- und Friedensbedingungen und der zahlreichen weiteren Ententeforderungen nicht überwinden kann und der für das vielfach willkürliche Auftreten der Franzosen kein Verständnis hat. Die französische Note geht offenbar auf eine schwere Demütigung des deutschen Volkes hinaus. Wie ernst seitens der Regierung der Inhalt der Note beurteilt wird, das geht daraus hervor, daß vor der endgültigen Stellungnahme noch der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gehört werden soll. Die „Tag. Rundschau“ sagt: Die französischen Sühneforderungen stellen ein Höchstmaß an tiefer Denütigung dar. Die „Deutsche Tagesztg.“ spricht von schmachtvollen französischen Forderungen. Der „Berl. Lokalanzeiger“ schreibt: Angesichts der ständigen unerhörten Vergewaltigungen, die sich die Franzosen ungestrast in Ost und West des deutschen Vaterlandes skrupellos erlauben, wirkt es wie Hohn, daß uns eine solche Reihe von Forderungen übermittelt wird.

Die Breslauer Studentenschaft gegen die französischen Besühnungen.

(W.B.) Berlin, 1. Sept. Wie aus Breslau berichtet wird, sprachen gestern die Vertreter des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität beim Oberpräsidenten vor. Dieser zeigte sich den Wünschen der Studentenschaft gegenüber entgegenkommend, eine Klärung der Mißverständnisse herbeizuführen, und ermächtigte die bei ihm Erschienenen, der Studentenschaft bekanntzugeben, daß die Angriffe in der Presse auf keinerlei tatsächlicher Grundlage beruhten, ferner, daß er persönlich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Studentenschaft nicht für die Vorgänge verantwortlich gemacht werden könne und daß er der Versicherung der Vertreter vollstes Vertrauen entgegenbringe, daß die übergroße Mehrheit der Studenten durchaus eine soziale Verständigung und eine Einigung aller Schichten über die Parteien hinaus auf dem Boden des Bekenntnisses zur deutschen Volksgemeinschaft wünsche. Alsdann ermächtigte er die Vertreter der Studentenschaft, bekanntzugeben, daß seiner Ueberzeugung nach polnische Agitatoren, darunter eine große Zahl polnischer Studenten an der Herbeiführung der Ausschreitungen schuld gewesen sei, zumal diese Herrn, als man sie am nächsten Tag in Schutzhaft nehmen wollte, verschwunden gewesen seien. Der Oberpräsident versprach, mit allen Mitteln auf die Presse dahin einzuwirken, daß in Zukunft solche unflätlichen Hekereien vermieden werden.

Der polnische Massenmord.

Kattowitz, 31. Aug. Ueber den Massenmord von Josefthal bei Deutsch-Pielar, wo nun schon zehn Leichen grausam gequälter deutscher Arbeiter gefunden worden sind, treffen neue Meldungen mit erschütternden Einzelheiten ein. Von privater Seite wird uns berichtet: Der Schauplatz der Leichenfunde ist ein kleiner Nadelwald dicht an der Grenze. Alle zehn Opfer stammen aus dem Schlafhaus Maczekowitz, das von den Polen am 20. August gestürmt wurde. Der Mord ist jedenfalls am 23. August erfolgt. Erkannt ist bisher nur eine der Leichen und zwar die des Schlafhausmeisters Lows. Als einer der Täter wird ein gewisser Nibol genannt, der mit mehreren Brüdern die ganze Gegend dort aufgewiegelt haben soll und seit der Untat flüchtig geworden ist. Die Leichen, die aus den beiden Massengräbern zu Tage gefördert wurden, boten ein grauenerregendes Bild. Nach dem Aussehen der Wunden und der zerstückelten Wirkung der Kopfschüsse waren die Schüsse alle

aus nächster Nähe abgegeben. Aber gerade deshalb zwingt die Anzahl der Schüsse zu der Vermutung, daß die Mörder ihre Opfer durch schlechtes Zielen absichtlich und grausam gemartert haben. Außerdem waren die Leichen der ganzen Oberkleidung, des Schutzes usw. beraubt und wie Viehslaber durcheinander geworfen. Die englischen Offiziere, die der Öffnung des zweiten Grabes mit fünf Leichen anwohnten, hielten mit Ausdrücken ihres Abscheus vor der unmenschlichen Brutalität der polnischen Banden nicht zurück. In deutschen Kreisen ist die Enttäuschung ungeheuer. Man ist überzeugt, daß diese wüthenden Mordrieten nicht die einzigen ihrer Art sind und daß die meisten von denen, die von den polnischen Truppen weggeschleppt wurden, ein ähnliches Schicksal erlitten haben.

Der Ernst der Lage.

* Die Vermutungen, die wir bezüglich der zu erwartenden französischen Note ausgesprochen haben, sind schon Wirklichkeit geworden. Die Forderungen, die die französische Regierung wegen der Berliner Vorgänge gestellt hat, sind über alle Maßen unerschämmt und demütigend, daß wir im Hinblick auf die Tatsache, daß lediglich die dauernden französischen Gewalttätigkeiten und Herausforderungen, sowie die Unterstützung der Polen bei ihrem brutalen Vandalenkrieg in Oberschlesien die Ausschreitungen verursacht haben, nicht an eine bedingungslose Unterwerfung der deutschen Regierung glauben können. Man muß den Herren in Paris endlich einmal sagen, daß die Geduld des deutschen Volkes auch ein Ende haben kann, und daß man schließlich lieber ein Ende mit Schrecken, als diese dauernde Bergewaltigungspolitik ohne Ende hinnimmt. Aus Berlin wird gemeldet, man glaube in parlamentarischen Kreisen nicht, daß das Reichskabinett in der Lage sei, zu allen Forderungen der Note seine Zustimmung zu geben. Wie ernst die Lage ist, geht daraus hervor, daß auch der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu den Beratungen herangezogen wurde. Wie man hört, will die Reichsregierung versuchen, mit Paris einen Notenwechsel zustandezubringen, um auch den deutschen Standpunkt geltend machen zu können. Die Pariser Presse ist natürlich schon wieder heckerisch tätig. Es wird gemeldet, daß Millerand dem deutschen Botschafter gegenüber keinen Zweifel gelassen habe, daß an einer Herabminderung der Sühneforderungen nicht zu denken sei, denn die Veleidigung Frankreichs sei sehr schwer. Es ist demnach klar, daß Frankreich die Gelegenheit zur erneuten Demütigung Deutschlands vorüber gehen lassen wird.

Vermischtes.

Die polnischen Friedensvorschläge.

(W.B.) Mostau, 31. Aug. (Durch Funktspruch.) Die polnischen Gegenwortsätze zu den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen besagen u. a.: 1. Die Sowjetregierung muß die Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen. Zu Punkt 2 macht Polen folgenden Vorstoß: Keiner der Staaten braucht die Kriegskosten zu ersetzen. Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die vorgeschlagenen Grenzen und über die Disgrenzen Polens reicht. Die Kraft dieser Elemente muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig halten wir es für unsere Pflicht, dem Volke, das das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen. Zu Punkt 3: Die Absicht, Polen die Verpflichtung der Heeresverminderung aufzuerlegen, wird als eine Entwürdigung des polnischen Volkes kategorisch zurückgewiesen. Rußland befolge augenscheinlich mit vollem Bewußtsein die Politik Peters des Großen und Katharina II. Eine Politik, die die gleichen Forderungen (wie die Entente an Deutschland) stellte und zu dem Verbrechen der Teilung führte. Es setzt uns umso mehr in Erstaunen, weil es doch der ganzen Welt bekannt ist, daß das Sowjetregime den Militarismus auf die höchste Entwicklungstufe gebracht hat und nicht die geringsten Absichten zeigt, die eigene Wehrmacht zu beschränken. Zu Punkt 10: Polen behält sich das Recht vor, allein an der Grenze ein Heer von 200 000 Mann zu halten. Für Polen wird es erst dann möglich sein, an die Demobilisierung zu denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht. Die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Heeres durch Arbeitermilizen würden einem völligen Umsturz der Basis der Souveränität und der Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen und könne deshalb überhaupt nicht in Betracht gezogen werden. Polen könne unter keinen Umständen zu einer einseitigen Verpflichtung der Demobilisierung seine Einwilligung geben. Das einzig richtige wäre, daß beide Seiten gleichzeitig demobilisieren, und zwar sofort nach dem Friedensschluß.

Der polnische Nationalismus.

Berlin, 29. Aug. Aus Kattowitz berichtet das „Berliner Tageblatt“: An der Beerdigung des Dr. Milewsky nahmen nach Mittellungen eines polnischen Blattes ungefähr 15 000 Personen teil. An der polnischen Grenze erwartete eine Militärkapelle mit drei Kompanien Militär den Leichenzug. Die polnische Regierung und der polnische Landtag waren offiziell bei der Beerdigung. Milewsky ist, als er mit einem Revolver in Kattowitz auf Deutsche geschossen wurde, erschlagen worden. Man sieht aber, wie stark die nationalistischen Triebe in Polen wirksam sind.

Der Generalstreik.

Die Streiklage am Dienstag.

(S.B.) Stuttgart, 31. Aug. Die Lage am Dienstag hat sich nicht verschärft, aber auch nicht gebessert. Bedauerlich ist es, daß es seitens der Streikenden wieder zu allerlei Nöthigkeiten gekommen ist. Durch Streikende wurde am Montag an dem Tag das Warenhaus Litz und das Kaufhaus Breuninger wiederholt besetzt, um die Schließung des Betriebs zu erzwingen, was jedesmal mißlung. Ähnliche Versuche wurden auch bei der „Schwäbischen Tageszeitung“ gemacht. Doch gelang es den Streikenden nicht, diesen bürgerlichen Zeitungsbetrieb

stillzulegen. Die „Tageszeitung“ ist neben dem Mittellungsblatt der Vereinigten Stuttgarter Presse heute erschienen. Den Streikenden ist es vor allem darum zu tun, die Eisenbahner auf ihre Seite zu bringen. Das ist bis jetzt mißlungen. Die Generaldirektion der Eisenbahnen, bekanntlich eine Reichsbehörde, hat ihren Angestellten durch einen Erlaß bekanntgegeben, daß jeder, der streikt, als entlassen gelten kann. Eine Wiedereinstellung soll in diesem Falle, wie wir hören, nicht mehr in Frage kommen. Mit kommunistischen Umtrieben, die sich gegen das Verkehrswesen richten, hatte man es auch in Gellingingen zu tun. Anlässlich einer Razzia auf dem Bahnhof, bei der 30 junge Leute das Weite suchten, blieb ein Knacksaft zurück, der gefüllt war mit Sprengpatronen und einer Höllemaschine. Es soll zwischen Göppingen und Salach und bei Gellingingen geplant gewesen sein, die Eisenbahn durch Sprengung zu zerstören. Bei Dillingen wurden Weichenbrüche abgebrochen. In der Nähe von Aepfert wurde bei einer Blockstelle eine Sprengpatrone entdeckt. In Vaihingen a. N. versuchten die Streikenden, die Reisenden am Betreten des Bahnhofes zu verhindern. Durch das Erscheinen von Polizeiwachen wurde die Ruhe wiederhergestellt. In gleicher Weise wurden in Fellbach ähnliche Versuche unterbunden. Zwischen Gellingingen und Göppingen sollen sich angeheuerte Streikbanden herumtreiben, die die noch arbeitenden Betriebe belästigen und stilllegen. In Heilbronn wurde das Elektrizitätswerk durch Technische Nothilfe besetzt. Die Einwohnerwehr wurde dort zum Schutze der Technischen Nothilfe einberufen. In Göppingen durften unter dem Terror der Streikenden die Labengeschäfte nur von 8 bis 11 geöffnet sein. Trotzdem macht sich eine Streikmüdigkeit geltend, so daß die Führer in einer Versammlung heute zum Aushalten auffordern.

Nachgeben des Stuttgarter Streikausschusses?

(S.B.) Stuttgart, 31. Aug. Die Entspannung der äußeren Lage hat im Laufe des Tages noch keine Fortschritte gemacht. Da und dort kam es in der Stadt zu kleinen Kadaver- und Menschenanmählungen. So suchten z. B. Streikende in der Augustenstraße die Zufuhr von Zeitungsdruckpapier in eine Druckerei zu verhindern. Polizeiwache erschien und bald war wieder Ruhe und Ordnung hergestellt. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Aktionsausschuß fanden vormittags 11 Uhr statt. Der Aktionsausschuß erklärte sich mit der Forderung des Steuerabzugs einverstanden. Die Anerkennung des Steuerabzugs vor der Öffentlichkeit soll in einer Erklärung des Aktionsausschusses und der Gewerkschaften bekannt gegeben werden. Die Arbeitnehmer sollen vor der Einstellung sich schriftlich verpflichten, daß sie sich künftig den Steuerabzug gefallen lassen. Ueber Einzelheiten soll noch verhandelt werden. Nach diesem Zugeständnis verlangte der Aktionsausschuß von der Regierung, daß sie die Truppen aus den besetzten Betrieben zurückziehe. Die Regierung erklärte, daß zunächst Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden müssen. Dies sei erst der Fall, wenn auch die Fragen der Wiedereinstellung und der Bezahlung der Streiktage, die der Aktionsausschuß aufgeworfen habe, geordnet und die Weiterführung der Betriebe gesichert sei. Zu der Wiedereinstellung der entlassenen und streikenden Arbeiter gaben die Arbeitgeber die Erklärung ab, daß sie sich weigern, mit dem Aktionsausschuß zu verhandeln. Dagegen seien sie bereit, mit den Vertretern der ausgesperrten Betriebe, der Freien, Hirsch-Dunkerschen und Christlichen Gewerkschaften und den Vertretern der Angestelltenorganisationen über diese Frage Erörterungen zu pflegen, keineswegs aber mit dem Streikaktionsausschuß der Betriebsräte Groß-Stuttgarts. Der Aktionsausschuß erklärte sodann, daß er vorher die Betriebsräte hören müsse. Eine Betriebsräteversammlung ist auf heute nachmittag 4 Uhr im Dinkelacker Saal einberufen. Heute abend sollen beide Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) mitteilen, ob und unter welchen Bedingungen weitere Verhandlungen möglich sind. Diese Besprechungen dürften dann im Laufe der Nacht stattfinden, falls sie zustande kommen.

Die Forderungen der Betriebsräte.

(S.B.) Stuttgart, 31. Aug. Die ersten Verhandlungen zwischen Regierung und Streikaktionsausschuß fanden am Dienstag vormittag statt. Sie endigten, wie schon mitgeteilt, damit, daß der Aktionsausschuß sich nicht für ermächtigt erklärte, auf die Forderungen der Arbeitgeber bei der Wiedereinstellung einzugehen. Eine Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Stuttgarts beschäftigte sich mit der neuen Situation nachmittags um 4 Uhr im Dinkelacker Saal. Es wurde dort ein Antrag zur einstimmigen Annahme: Die Betriebsräteversammlung beschließt: 1. Nachdem die Betriebsräteversammlung sich dem Steuerabzug unterworfen, muß von der Regierung die sofortige Zurückziehung der Truppen aus den Betrieben verlangt und die Einstellung aller provokatorischen Maßnahmen der bewaffneten Macht gefordert werden. — 2. Die Verhandlungen über die restlose Wiedereinstellung aller Streikenden und Ausgesperrten führt der Aktionsausschuß der Betriebsräte generell für das ganze Land. — 3. Die christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften können an den Verhandlungen teilnehmen, wenn sie am Streik teilnehmen. Wenn diese Forderungen von der Regierung abgelehnt werden, sind die Verhandlungen abzubrechen und der Streik in verschärfter Form weiterzuführen. — Am Nachmittag hatten auch die Arbeitgeber Beratungen. Ueber ihre Beschlüsse ist noch nichts bekannt. Abends 8 Uhr sollen beide Parteien zu neuen Verhandlungen zusammenkommen. Der Weg der Verständigung ist demnach beschritten. Die Regierung wird allerdings erst dann, wenn sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die sie berührenden kritischen Fragen geeinigt haben und damit die Gewähr gegeben ist, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht mehr gefährdet werden, die Polizeiwache aus den besetzten Betrieben zurückziehen. Es geht nicht nur um die Anerkennung des Steuerabzugs, sondern, wie die Regierung in ihrer ersten Verlautbarung bekannt gegeben hat, um die Wie-

berherstellung gesetzmäßiger Zustände. Es ist zu wünschen, daß die Weiterverhandlungen nicht ins Stocken kommen und die Regierung in ihrer Vermittlerrolle zwischen den beiden Parteien eine Einigung zustande bringt.

Feste Haltung der Verkehrsbeamten.

Der Bund der württembergischen Verkehrsbeamten wendet sich an die Bevölkerung Württembergs mit folgender Erklärung, die gestern auch durch Waueranschlag verbreitet wurde: Die Verkehrsanstalten dienen der Allgemeinheit. Die Beamtschaft hat deshalb den Betrieb von Bahn und Post uneingeschränkt aufrecht erhalten im Interesse des wirtschaftlichen Lebens. Die Verkehrsbeamten rechnen bei ihrer Arbeit auf das Verständnis und den Schutz aller Bevölkerungskreise. Denselben Schutz nehmen sie für ihre Arbeitsstätte, die Anlagen der Bahn und Post, die der Allgemeinheit gehören, in Anspruch. Sie werden jeden Eingriff und Angriff, von welcher Seite er auch kommen möge, geschlossen und mit den schärfsten Mitteln zurückweisen.

Aus dem Lande.

(S.B.) Freudenstadt, 31. Aug. Reichswehrminister Dr. Gehler ist am Montag abend zu Besprechungen mit dem Reichspräsidenten hier angekommen.

(S.B.) Schramberg, 31. Aug. Eine am Montag abend abgehaltene Versammlung der Betriebsräte und Vorstände der Gewerkschaften hat mit 49 gegen 41 Stimmen beschlossen, vorerst von einem Generalstreik abzusehen. Dagegen wurde an die Regierung die telegraphische Forderung gerichtet, sie solle sofort mit der Stuttgarter Arbeiterschaft in Verhandlungen treten, in der Steuerfrage eine baldige Aenderung herbeiführen und die in den drei Betrieben ausgesperrten Arbeiter wieder einstellen.

(S.B.) Oberndorf, 31. Aug. Das hiesige Gewerkschaftskartell besaßte sich in einer außerordentlichen Sitzung mit der Stellungnahme zum Generalstreik. Nach Prüfung der bisher eingegangenen Nachrichten kam man, lt. „Schwarzv. Voten“, zu dem einstimmigen Beschluß, in der Generalstreikfrage eine abwartende Stellung einzunehmen.

(S.B.) Schwemningen, 31. Aug. Die drei sozialistischen Parteien und das Gewerkschaftskartell haben in langen und erregten Beratungen zum Generalstreik Stellung genommen. Da es an der zum Streikbeschuß nötigen Zweidrittelmehrheit fehlte, kommt es hier vorerst zu keiner Arbeitseinstellung, vorausgesetzt, daß die Verhältnisse in Stuttgart und im Lande sich nicht verschärfen.

(S.B.) Ebingen, 31. Aug. Die auf Montag nachmittag anberaumte Gewerkschaftsversammlung beschloß zunächst mit großer Stimmenmehrheit, daß zum Eintritt in den Generalstreik eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Bei der endgültigen Abstimmung ergaben sich 100 für und 950 Stimmen gegen den Eintritt in den Generalstreik. Damit ist hier der Streik vorerst noch gebannt.

(S.B.) Waiblingen, 31. Aug. Die bisherige Streikleitung wurde am Montag in einer Versammlung der Streikenden als zu gemäßigt abgelehnt und durch eine radikalere ersetzt. Abordnungen des neuen Aktionsausschusses durchzogen heute früh, gefolgt von einer Menge junger Leute die Straßen der Stadt und legten die noch arbeitenden Betriebe still.

(S.B.) Aalen, 31. Aug. Eine Betriebsräteversammlung, die heute früh im Gewerkschaftshaus hier abgehalten wurde, hat mit 56 gegen 47 Stimmen den Eintritt in den verschärften Generalstreik beschlossen. Die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften waren nicht mehr anwesend. Die Vertreter der Eisenbahnangestellten hatten sich der Stimme enthalten. Der Streik beginnt heute mittag.

(S.B.) Heidenheim, 31. Aug. Hier ist alles ruhig. Gas- und Wasserwerk arbeiten mit eigenen Kräften weiter.

(S.B.) Heidenheim, 31. Aug. Auch hier wurde heute der verschärfte Generalstreik beschlossen als Protest gegen die Befehle der Betriebe in Stuttgart und Ebingen und aus Sympathie für die dortigen Arbeiter. Gas- und Wasserwerk sollen erst aussetzen im Falle des Einrückens der Polizeiwache.

(S.B.) Gmünd, 31. Aug. In einer öffentlichen Versammlung der freien Gewerkschaften im Stadtgarten, in der die Gemeinderäte Bihlmaier und Baur die Lage schilderten, wurde kein Beschluß gefaßt, nur mitgeteilt, daß eine Abordnung nach Stuttgart fahren werde, um sich über den Stand des Streiks zu erkundigen. Den ablehnenden Standpunkt der Christlichen Gewerkschaften vertrat Sekretär Baumhauer.

(S.B.) Reisingen, 31. Aug. In einer öffentlichen Versammlung in der Turnhalle hat die Arbeiterschaft nach längeren Besprechungen mit 840 gegen 430 Stimmen den Generalstreik beschlossen.

(S.B.) Ulm, 31. Aug. Die geheime Abstimmung in sämtlichen Betrieben von Ulm wurde heute nachmittag vollzogen. Abgestimmt haben 8071 Arbeiter. Davon waren für den Streik 1524, gegen ihn 6406. Ungültige Stimmen wurden 141 abgegeben. Bei der Firma Magirus wird morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Eisenbahner und die Angestellten der Firma Herbst haben einstimmig gegen den Generalstreik gestimmt. Nur bei der Firma Magirus war eine Stimmenmehrheit für den Generalstreik vorhanden, bei allen übrigen Betrieben eine Stimmenmehrheit gegen den Streik.

(S.B.) Ulm, 31. Aug. In der Nacht zum Montag gab es am Eßelsberg eine große Schießerei. Dort soll ein Wachposten der Reichswehr, der ein verdächtiges Geräusch hörte, einen Schuß abgegeben haben, worauf mit einem Maschinengewehr von unbekanntem Schützen ein Schnellfeuer gegen den Posten und die Wache eröffnet wurde. Die Wache antwortete mit einem Maschinengewehr. Es wird angenommen, daß es sich um einen planmäßigen Angriff auf die Depots handelte. Außer einigen Maschinengewehreileuten wurde nichts gefunden.

(S.B.) Ravensburg, 31. Aug. Die Streiklage ist unverändert. Bei Eßer-WB sind die Arbeiter gestern nicht im Betrieb erschienen. In Friedrichshafen wurde am Samstag in einer Versammlung der Betriebsräte sämtlicher Betriebe zum Eintritt in den Generalstreik Stellung genommen. Das Resultat der Abstimmung ist noch nicht bekannt.

Demokratischer Bodenseetag.

Friedrichshafen, 29. Aug. Am Sonntag fand hier der deutsch-demokratische Bodenseetag statt. Vormittags 9 Uhr be-
sichtigten die Teilnehmer unter Führung des Generaldirektors
Golsman die Zeppelinwerke. Anschließend hieran hielten die
Vertreter und die Vertrauensleute der DDP, Oberschwabens
gemeinsam mit bayerischen und badischen Vertretern auf der
Hafenbahnhof-Terrasse eine Vertrauensmännerversammlung. Um
3 Uhr begann im Saalbau der Zeppelin-Wohlfahrt die politische
Tagung. Die Saalfläche war mit Eichenlaub und Flaggen-
büchern der deutschen Bodenseestaaten, das Rednerpult in
Schwarz-Rot-Gold geschmackvoll dekoriert. Die Tagung zählte
etwa 400 Parteifreunde, darunter eine stattliche Anzahl Damen.
Der demokratische Verein Konstanz brachte die städtische Musik-
kapelle mit. Der Vorsitzende der hiesigen Ortspartei, Fabrik-
direktor Thiery entbot der Versammlung den Willkommungs-
wünschen, insbesondere dem demokratischen Führer, dem bayerischen Lan-
desminister Hamann und dem Reichswehrminister Gessler,
die zur großen Freude der Parteifreunde an der Tagung teil-
nahmen. Stadtpfarrer Schmidt-Friedrichshafen hielt hierauf
eine Begrüßungsansprache, worauf Dr. Pius Dier, Mitgl.
des bayerischen Landtags als erster Redner über das Thema
sprach: Wir süddeutschen Demokraten und der
großdeutsche Reichsgebirge. Wir wollen endlich
eine Vereinigung aller Putsch- und jeglichen Mißbrauchs der
Streiks zu politischen Zwecken. Nicht Auflösung, sondern frei-
willige Ein- und Unterordnung in die Rechte und Pflichten
unserer demokratischen Verfassung. Das deutsche Bürgerrecht
muß aus dem Volkstoden heraus seine Führer erzeugen. Und
diesen Führern muß es folgen. Das deutsche Volk kann nicht
zur Ruhe kommen, solange der Versailler Friedensvertrag den
Geist und dem Inhalt nach gültig ist. Bei unserer Tagung
gedenken wir der Not der deutschen Ostmarken, wir freuen uns
der Abstimmung in Ostpreußen und im süblichen Schlesiens.
Wir erinnern uns der Not unserer Rheinländer und sagen
Dank der Presse, welche den Kampf gegen die „Schwarze
Schande“ führt. Die Franzosen machen den Versuch, eine
Mainlinie zu schaffen. Leider befinden sich auch Bayern unter-
jener, welche den Loslösungsbestrebungen und Lockerungs-
bestrebungen von Staat und Reich das Wort reden. Für diese
sind wir nicht zu haben. Die Loslösbewegung von Süd-
und Norddeutschland scheitert an ihrer eigenen Unmöglichkeit.
Ueber das Verhältnis von Bayern zum Reich ist ein Zweifel
heute nicht mehr möglich. Eine Verständigung süddeutscher
Staaten in wirtschaftlichen Fragen untereinander wollen wir
haben, aber der großdeutsche Gedanke muß festgehalten werden;
er war schon 1813 und 1848 da und er ist auch in der Zeit des
jetzigen Niederkampfes hervorgetreten. Nur eine großdeutsche
Vollmacht wird instande sein, das große Chaos aufzuhalten,
das uns von Osten bedroht.

Als zweiter Redner sprach Dr. Gothein (Heidelberg),
Mitgl. des bad. Landtags, über: „Unsere politische
Lage“. An dem Mangel an Verantwortlichkeit ist das Reich
zugrunde gegangen. Die strenge Wahrhaftigkeit muß wieder-
kehren; sie bringt Einsicht in unsere Schwäche. Das Ergebnis
von Spa zeigt dies; alle Selbsttäuschung ist durch sie zerbrochen;
dennoch ist festzustellen, daß wir unsere Würde gewahrt haben.
Dann dem Zusammenwirken der allen Parteien angehöriger
Vertreter Deutschlands. In Simons Person hoffen wir den
geeigneten Vertreter unserer Auslandsinteressen gefunden zu
haben. Noch wichtiger in Spa war unsere Einheitslichkeit von
Stimmen bis Hue, von Unternehmer und Arbeiter. Trotzdem
sind die Erfolge sehr gering. Die wirtschaftlichen Forderungen
sind stets abfichtlich übertrieben, um uns ins Unrecht zu setzen.
Die Kohlenforderungen unserer Feinde sind kaum zu erfüllen.
Noch schlimmer ist die völlige Entwaffnung unseres Volkes, die
nur durch körperliche Erziehung der Jugend gutzumachen ist.
Die Gefahren des neuen Weltbrandes zeigen das deutlich. Der
russische Gefahr der Ausbreitung des Bolschewismus können wir
durch richtige innere Maßregeln vorbeugen. Größer noch
ist die polnische Gefahr, der Verlust Ostschlesiens, auf dem die
ganze Wirtschaft des deutschen Ostens beruht. Hoffnung gibt
uns aber die jetzt hervortretende Uneinigkeit unserer Gegner,
zwischen denen durch kluges Abwägen sich Deutschland seine
Stellung sichern kann. Unbedingte Einigkeit und Vertrauen
in die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten sind dazu un-
bedingt nötig. Mit einigen Bemerkungen über den wirtschaftlichen
Aufbau schloß der Redner.

Hopf (Stuttgart) zweiter Vorsitzender des würt. demo-
kratischen Landesverbands, brachte die Grüße desselben und gab
bekannt, daß eine Arbeitsgemeinschaft der württembergischen,
bayerischen und bayerischen demokratischen Parteien gegründet
worden sei zu dem Zweck, politische Tages- und Zukunftsfragen
vorzubereiten. Dann besprach er den zurzeit bestehenden Gene-
ralstreik in Stuttgart, die Veranlassung, das Verhalten der Re-
gierung während desselben, mit dem Hinweis auf die hohe deut-
sche Aufgabe, welche die württembergische Regierung durch ihr
Festbleiben erfülle. An die württembergische Regierung ging
hierauf folgendes Telegramm der Tagung ab: „Die in Fried-
richshafen in großer Zahl versammelten Vertreter und Mitglieder
der Demokratischen Partei Württembergs, Badens und Bayerns
sprechen der württembergischen Regierung einmütig ihr Vertrauen
und ihren Dank aus für die entschlossene Abwehr der verfassungs-
und volksfeindlichen Versuche, den demokratischen Staat durch
gewaltsame Steuerverweigerung zu zerstören. Wir alle sind
bereit, die Regierung tatkräftig zu unterstützen in diesem Kampf
für Recht und Gesetz, dessen Ausgang für ganz Deutschland von
größter Bedeutung ist.“

Reichswehrminister Dr. Gessler hielt sodann folgende
Schlußansprache:

Mit dem Gefühl herzlicher Freude scheiden wir von Fried-
richshafen und mit der hohen Erhebung, einer Veranstaltung
angelehnt zu haben, in der mit so hohem sittlichen Ernst über
unsere Lage gesprochen wurde. Für das deutsche Volk gibt es
nur eine Politik, die Politik inneren Aufbaus und innerer
Festigung. Dann besprach er die großen Schwierigkeiten, die
den leitenden Staatsmännern in den Weg treten. Trotz all
dieser Schwierigkeiten dürfen wir den Glauben an die Zukunft
des deutschen Volkes nicht verlieren. Ein Volk, das 4 1/2 Jahre
einer Welt von Feinden stand gehalten hat, kann nicht unter-
gehen. Das Reichsschiff, das in Sturm und Nebel fährt, wird
schließlich doch auf offene See kommen.

Der Vorsitzende schloß die Tagung mit einem „Doch“ auf
deutsche Vaterland.

Amtlliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist weiter ausgebrochen in der Oberamtsstadt
Nagold und in Emmingen O.-N. Nagold sowie in Wödingen
O.-N. Herrenberg und Denna, O.-N. Neuenbürg.
Calw, den 31. August 1920.
Oberamt: Bögel, Amtmann A. B.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Im Rückgang der deutschen Währung ist
ein Stillstand zu verzeichnen. Am 25. August abends notierte
die deutsche Mark in Zürich noch 11,75, am 26. bereits 12,50.
Sie ist allerdings am 27. abends wieder auf 12,30 gefallen.
Augenscheinlich werden in Deutschland wieder ausländische De-
visen gehandelt. Der Begeh nach Auslandsvaluta ist eben
durch die Furcht vor dem Bolschewismus und durch unsere son-
stige innerpolitische Gährung neuerdings gestiegen. Da aber das
Balutaelend auch die anderen europäischen Staaten hart be-
trifft, ist zu hoffen, daß die in vier Wochen in Brüssel zusam-
mentretende Finanzkonferenz bessere Verhältnisse schaffen wird.
Unsere Reichsbank ist stark angepannt. Die Silberpreise ziehen
stramm an. Die offenen Geldsätze haben sich in der letzten
Woche nicht geändert.

Börse. Die Generalfreiwirtschaftsbewegung gegen den Steuer-
abzug, die in Württemberg ausgebrochen ist, hat die deutschen
Börsen wieder recht eindrucklich an die spartakistische Gefahr er-
innert. Umso lebhafter ist aber die Nachfrage nach Auslands-
werten. Die sogenannten Balutapapiere sind wieder schnell ge-
stiegen. In einheimischen Industrie- und Bankaktien überwiegt
das Angebot. Der Anlagemarkt behauptet sich gut: Reichsschat-
anweisungen 99,90, Kriegsanleihe 79,50, 4prozentige Württem-
berger 88.

Produktenmarkt. Für Meie sind neue Höchstpreise
erlassen worden; die Tonne darf nicht mehr als 375 M. kosten.
Mais ist jetzt freigegeben, wodurch das Geschäft sich gehoben
hat. Delfaaten liegen sehr fest. Haber ist begehrt, Heu und
Stroh eher angeboten. Zuverlässige Preisermittlungen aus
Württemberg fehlen. Hopfen zieht stramm an, zumal da der
Schluß der Ernte durch das Wetter gestört ist. In Letztang
werden jetzt über 2500 M. bezahlt.

Warenmarkt. Die Kohlen- und Eisenpreise bleiben
fest. Die Kohlenlage ist durch die starke Verminderung der För-
derung in Oberschlesien gefährlich verschärft worden. Woll-
zieht weiter an, zumal da aus London zum Teil höhere Auk-
tionspreise gemeldet werden. Das Geschäft mit Baumwollgarn
ist ziemlich lebhaft trotz höherer Preise. Auch das Geschäft mit
Webwaren hat sich etwas belebt. Der Hamburger Reismarkt
zeigt einen Abstieg um 1 M. für das Kilo, doch dürfte diese
Erleichterung wegen der Valutajchwierigkeiten noch nicht vor-
halten. Hüte und Leder ziehen weiter an. Die neulich ge-
meldete Preisermäßigung der deutschen Emailkerwerke bezog sich
nur auf einen Sonderzuschlag für die teuersten Waren; ein wei-
terer Preisabschlag im Detailhandel ist zunächst nicht möglich.

Viehmarkt. Von einer ernstlichen Preisermäßigung ist
immer noch keine Rede. Eher kann von einem Anziehen ge-
sprochen werden. Unter 300 M. ist ein schönes Ferkel nicht zu
bekommen. Kühe und Pferde sind in Württemberg teurer als
irgendwo im Reich.

Holzmarkt. Ueber die Widersprüche in den verchie-
denen Preisnotierungen der Fachberichte wird sehr geklagt. Vom
südwestdeutschen Holzmarkt lag uns neulich ein solcher Bericht
vor, monach Stammholz sägefertig 500-700 M. ab Station
gilt. Interessenten auf dem Schwarzwalde teilen uns jetzt mit,
daß der augenblickliche Preis wenig mehr als die Hälfte ab
Wald betrage, wozu allerdings noch die erheblichen Anfuhrkosten
zur Station kommen. Wirklich lebhaft ist das Geschäft nur in
Gruben- und Papierholz. Das Laubholzgeschäft liegt dar-
nieder.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. September 1920.

Vom Rathaus.

In der am Dienstag abgehaltenen öffentlichen Sitzung
des Gemeinderats, die vom Amtsvorsteher des im Urlaub be-
findlichen Stadtvorstands, H. Dreiß, geleitet wurde, kam die
Frage des städt. Holzverkaufs wiederholt zur Verhandlung.
Wie bekannt, hat eine Vereinigung der Sägewerksbesitzer der
Umgebung auf den gesamten Holzmarkt ein Angebot von 200
Proz. des Taxpreises gemacht. Der Gemeinderat verlangte
einen Zuschlag von 10 Proz. mehr für Tannen, was jedoch
abgelehnt worden war. Es lag nun ein neues Angebot von
Sägewerksbesitzer Birkle-Worzhelm vor, mit 275 Proz. des
Taxpreises für das gesamte Holz im Fuchslotz (also rechts der
Nagold) im Umfange von 447 Festmetern. Der Taxpreis be-
trägt 54 938 M., der tatsächliche Kaufpreis also 151 000 M.,
zahlbar 4 Wochen nach Kauf. Der würt. Waldbesitzerverband
hat den Preis als angemessen beurteilt. Der Verkauf des an-
deren Holzes wird bekanntlich diesem Verband übertragen.
Der Verkauf wurde genehmigt. — Die Ortsgruppe Calw des
Reichsbundes der Kriegswitwen hatte ein Gesuch an die
Stadtverwaltung um Ueberlassung von Gartenland an Kriegs-
beschädigte und Kriegswitwen gerichtet, und dabei auf das
städtische Areal des sog. „Rannengütle“ reflektiert, das an
Meßgermeister Ziegler verpachtet worden war. Das mit
Nobisbäumen versehene Grundstück zwischen Panorama- und Alt-
burgerstraße hinter dem Buchbrunnenerseevorwerk umfaßt 117 a.
Herr Ziegler trat gegen eine Entschädigung von 200 Mark (für
seitherige Pflege des Guts) zurück, sobald das Gesuch genehmigt
werden konnte. Das Areal soll in Stücke von 4 a geteilt
werden, sodas etwa 28 bis 30 Familien darauf Gemüsebau treiben
können. Das Gelände wird an den Reichsbund auf 8
Jahre verpachtet, um einen Preis von 10 Mark pro a. — Der
Stadtpfleger ist zu dem Beforderungsaufwand für die ständigen
Lehrer an Realprogymnasium, soweit dieser nicht durch die Ge-
meindeleistung gedeckt ist, mit Wirkung vom 1. April 1920 bis
auf Weiteres für die ersten 3 Rechnungsvierteljahre je 31 000
M. als Vorschüsse ausbezahlt worden. — Das würt. Arbeits-
vermittlungsbüro fragt beim Oberamt an, welche Sähe in bezug
auf Erwerbslosenfürsorge für Calw als angemessen erachtet werden.
Die Anfrage entspringt dem seinerzeit vom Bezirksrat
und vom Gemeinderat befristeten Gesuch des hiesigen Legi-
slationsverbandes um Erhöhung der Sätze der Erwerbslosen-
fürsorge im Hinblick auf die teure Lebenshaltung. Das Ar-

beitsministerium hielt das Gesuch nicht für genügend begründet.
Es soll nun der direkte Vorschlag der Einteilung Calws in
die nächst höhere Ortsklasse gestellt werden, da die bisherige Zu-
weisung Calws in die Klasse D—E als nicht den Steuerungs-
verhältnissen des Bezirks entsprechend angesehen wird. — Ein
Doktor aus Landau sowie Fabrikant Wittkenmaier aus Lieben-
zell sind durch Vermittlung von Fahrenhaller Kusterer an die
Stadtverwaltung herangetreten, welche Vergünstigungen ihnen
im Falle der Erstellung eines Erholungsheimes mit 30-40
Zimmern unterhalb des Pulverhäusleins (auf dem Hoher
Felsen) gewährt würden. Das Kollegium erachtete im Hinblick
auf die schwierigen Wasser-, Beleuchtungs- und Wegverhältnisse
die Erstellung an diesem Plage nicht für günstig. Dagegen soll
entsprechend einer Anregung von M. Georgi den Herren
der Vorschlag gemacht werden, das Gelände auf dem Calwe
Hof für ihre Pläne zu prüfen, da hier die obengenannten
Schwierigkeiten nicht vorhanden seien, und das Gelände auch
sonst sich für solche Zwecke vorzüglich eignen würde. — Da die
Feldbleistühle auch in diesem Jahre großen Umfang
annehmen, so wurde neben dem Feldschützen auf 1 1/2 Monate
als Hilfsfeldschütz der Sohn des Alfeldschützen Böhler mit
einem Taglohn von 28 Mark angestellt. — Der Beamtensbund
Calw führt in einem Schreiben an den Gemeinderat Pläne
gegen die hohen Obst- und Gemüsepreise in Calw und ersucht
daraus, daß an den Markttagen eine Preisprüfungs-Kommission
tätig ist, die das Recht haben soll, Richtpreise im Benehmen
mit den Preisen der Nachbarstädte vorzunehmen. An der Fest-
stellung der Richtpreise sollen Erzeuger, Händler und Verbraucher
teilhaben. Erzeuger und Händler, die sich den Preisvorschriften
nicht fügen, sollen vom Markt weggeführt werden. In anderen Städten
haben eine solche Preisprüfungs-Kommission gegenständig gewirkt.
Das Kollegium nahm den Vorschlag an. Die Preisprüfungs-
kommission soll aus den Herren Kaufmann Knacht und Baum-
wart Kopp bestehen, denen ein Schuhmann zur Verfügung
gestellt wird. — In den Stenographen für den Stadtbezirk
Calw, der nach dem neuen Gesetz in bezug auf die Veran-
lagung und im Falle von Reklamationen mitzuwirken hat,
wurden auf Grund vorhergehender Verständigung der Parteien
gewählt: Fabrikant Hippel, H. P. Frommer, M.
Staudenmeier, M. Stör, M. Stüber und
Privatier Herr Wagner. Als Stellvertreter wurden gewählt:
M. Dreiß, Flaschnermeister Essig, Dornpostlethaler Haug,
M. Maier, M. Mah, M. Sannwald. — Zum
Schluß der Sitzung äußerte sich M. Bauche noch über die
Frage der Baumpflanzung auf dem Calwer Hof. Der Ge-
meinderat hatte vor 14 Tagen grundsätzlich die Anlage einer
Baumpflanzung beschlossen, die Ausführung jedoch zurückgestellt
in Anbetracht der hohen Kosten. Der Redner vertrat nun den
Standpunkt, daß die Bäume in den nächsten Jahren nicht
billiger würden. Aber sowohl auf dem Lande wie in der Stadt
würden Neuanlagen gemacht, weil man gesehen habe, daß sich
der Obstbau rentiere. Es sei nicht anzunehmen, daß die Obst-
preise in den nächsten Jahren so sinken, daß die Anlagen
keinen Gewinn abwerfen. Wenn die Bäume in einer genügend
großen Entfernung von einander (13 Meter) gesetzt würden,
so würde das Gelände landwirtschaftlich nicht geschädigt. Der
Gemeinderat beschloß nach diesen Ausführungen, die Pflanzung
von 100 Stück Obstbäumen vorzunehmen, und zwar auf dem
Areal links der Alburger Straße.

Besseres Brot.

(SGB.) Nach Mitteilungen des Reichsfinanzministers
Dr. Wirth ist das Reichsernährungsministerium bestrebt, ge-
nügend Getreide und Mehlreserven herbeizuschaffen, um einer
Brotknappheit vorzubeugen. Zur Besserung der Brotbeschaffen-
heit sollen jetzt 80 Proz. Roggen- und Weizenfabrikate, 10 Proz.
Gerstemehl und höchstens 10 Proz. „gutes Streckmehl“ ver-
wendet werden. Wir wollen hoffen, daß sich diese Mitteilung
bestätigt.

Keine Viehzählung.

Bei der starken Verbreitung und dem bösartigen Auftreten
der Maul- und Klauenseuche im ganzen Lande ist zu befürchten,
daß das Zählgeschäft bei der am 1. September fälligen Vieh-
zählung mit erheblicher Gefahr einer Weiterverbreitung der
Seuche verbunden ist. Auf Verfügung des Ernährungsmini-
steriums hat daher die Viehzählung am 1. September 1920
zu unterbleiben. Die Anordnung der Nachholung zu einem
späteren Zeitpunkt bleibt vorbehalten.

Ein Brunnen als Wetterprophet.

In Fildemoos bei Ravensburg befindet sich ein
Brunnen, der mit Sicherheit Anmerkungen des Barometerstandes
angibt und deswegen als Wetterprophet gilt. Er wurde im
Jahre 1869 bis zu einer Tiefe von 39 Meter ausgegraben und
gut ausgemauert. Vor einigen Jahren, nach Vollendung der
Wasserleitung, wurde er außer Gebrauch gesetzt, oben abgedichtet
und mit einem 9 Zentimeter weiten Rohr versehen, das unge-
fähr einen Meter über die Abdeckung sich erhebt. Nach Angabe
des Besitzers ist bei herannahendem Regenwetter ein starkes
Ausströmen der Luft aus dem Rohr zu bemerken, während bei
Aufklärung ein Einströmen stattfindet, oft mit solcher Wucht,
daß das Brodeln auf größere Entfernung hörbar ist. Die me-
teorologische Station Ravensburg hat sich für die Vorgänge in-
teressiert und, laut „Oberschwäbischen Anzeiger“ an Ort und
Stelle Aufzeichnungen vornehmen lassen, die eine überraschende
Uebereinstimmung des Ein- und Ausströmens mit dem Steigen
und Fallen des Barometers ergeben haben. Die Erklärung für
die Erscheinung liegt auf der Hand: Der Brunnen mit dem
darin befindlichen Wasser, der Sand und Kiesboden auf dem
Grunde sind als Luftbehälter anzusehen, die je nach der Größe
des Luftdrucks Luft von höherer oder geringerer Spannkraft ent-
halten. Bei hohem Barometerstand enthält auch der Brunnen
Luft von hohem Druck, die bei heranziehendem Luftdruckmini-
mum wegen der entstehenden Gleichgewichtsstörung ausströmt,
während bei barometrischem Tiefstand im Brunnen Luft von
geringerem Druck sich befindet, wodurch bei näherem Maximum
die äußere Luft zur Einströmung veranlaßt wird. Brunnen sol-
cher Art sind nicht häufig zu finden. In der Meteorologischen
Zeitschrift 1906 findet sich folgende Notiz: In der Nähe von
Genf kommen atmenbrunnen vor mit der lange bekannten
Eigentümlichkeit, zeitweise Luft auszublasen und zu anderen Zei-
ten Luft in nachweisbarem Strome anzufaugen, und zwar findet
das Saugen bei steigendem Barometerstand, das Blasen bei sin-
kendem Luftdruck statt. — Die meteorologische Station Ravens-
burg wäre für Mitteilungen über ähnliche Brunnen dankbar.

Wahrscheinliches Wetter am Donnerstag und Freitag.

Die Strömungen nehmen rasch überhand. Am Donnerstag und Freitag ist kühles, meist bedecktes, vielfach regnerisches Wetter zu erwarten.

Die Jugoslawien-Edelmessen der Edelmetallindustrie.

(S.G.B.) Stuttgart, 30. Aug. Die im März und September jeden Jahres im Stuttgarter Handelshof und in seinen Nebengebäuden stattfindenden Edelmessen erfreuen sich immer mehr eines wachsenden Interesses von Seiten der deutschen Aussteller; auch als Treffpunkt der deutschen Juweliere, Gold- und Silberschmiede und Uhrmacher haben sie sich mehr und mehr eingebürgert. Der Besuch der ausländischen Einkäufer und der Exporteure mehren sich mit jeder Messe in erfreulicher Weise. Die kommende Herbst-Jugoslawien-Edelmessen findet vom 4. bis 12. September d. J. statt. Hierzu liefern bereits während des Sommers so viele Anmeldungen auf Ausstellungsräume ein, daß man sechs Säle des Kunstgebäudes am Schlossplatz hinzumieten mußte. Die Ausstelleraahl hat sich wieder erheblich er-

höht; es sind zur kommenden Messe 225 Aussteller vorgesehen. Etwa 40 Firmen konnten infolge Raummanqels dieses Mal nicht mehr platziert werden. Wenn die Einrichtung des von der Stuttgarter Handelshof A.G. gefaßten Hotels Oberpollinger zur nächsten Frühjahrsmesse möglich ist, können auch diese Firmen und eine weitere Anzahl neuer Aussteller noch berücksichtigt werden. Die Kollektionen der zur Herbstmesse kommenden Firmen sind so umfangreich und enthalten so viele Neuheiten, daß insgesamt nahezu 3000 Quadratmeter Fläche vermietet wurden. Trotz der augenblicklichen Geschäftslage werden sich, nach den bisherigen Voranmeldungen zu schließen, auch eine beträchtliche Anzahl deutscher Einkäufer aus allen Teilen des Reiches, viele Exporteure für Ausland und Uebersee, aber auch ausländische Einkäufer aus der Schweiz, Italien, dem Orient, aus England, Frankreich und den nordischen Ländern während der Messetage in Stuttgart einfinden. Da diese Besucher erfahrungsgemäß auch andere Einkäufe in Stuttgart erledigen, bringen sie eine willkommene Belebung des Stuttgarter Geschäftslebens. Aber nicht nur für Stuttgart allein ist dieses erfreuliche

Wachstum der Jugoslawien-Edelmessen von ganz hervorragendem Interesse, diese Veranstaltungen bringen auch der deutschen Edelmetallindustrie neue Aufträge und wertvolle Geschäftsverbindungen und setzen diese Industrie so in die Lage, ihre Arbeiter und Angestellten weiter zu beschäftigen und Steuern damit der Arbeitslosigkeit.

(S.G.B.) Gall, 30. Aug. Am Samstagabend 7 Uhr geriet der 51 Jahre alte Schutzmann Christian Röger mit seinem Kollegen, dem 28 Jahre alten Schutzmann Karl Heberle auf der Polizeiwache aus geringfügigem Anlaß in Wortwechsel. Plötzlich zog Röger eine Mauserpistole aus der Tasche und feuerte einen Schuß auf den vor ihm stehenden Heberle ab. Die Kugel durchbohrte das Herz des Betroffenen, der kurz hierauf verschied. Der Getötete hinterläßt eine Witwe mit einem Kind. Röger wurde sofort in Haft genommen.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöschler'schen Buchdruckerei, Calw.

Bekanntmachung des Schlichtungsausschusses Stuttgart.

Der Vorkauf der in Arbeitsstreitigkeiten vom Schlichtungsausschuß Stuttgart abgegebenen

Schiedsprüche

oder vor dem Schlichtungsausschuß getroffenen Vereinbarungen der Parteien wird gemäß §§ 26 und 28 der Reichsverordnung über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, vom 23. Dezember 1918, regelmäßig wie folgt öffentlich bekannt gemacht:

Bei Streitsachen von Groß-Stuttgart durch 14-tägige Aushang im Zimmer 10 im 2. Stock des Hauses Königstraße 18, bei allen sonstigen Streitsachen durch 14-tägigen Aushang am Rathaus des Ortes des Betriebs, der von der Streitsache betroffen ist. Stuttgart, den 31. August 1920. **Trion.**

Zu sofortiger Dienstübernahme wird eine Leichenbesorgerin

gesucht. Gebühren nach dem Leichenkostentarif. Meldungen an das Stadtschultheißenamt. Calw, den 31. August 1920. Stadtschultheißenamt: **A. V. Schlaich.**

Handwerkskammer Neutlingen. Meisterprüfungen.

In den kommenden Wintermonaten finden am Sitz der Handwerkskammer wieder Meisterprüfungen in sämtlichen Gewerben statt.

Den Prüfungen gehen nach Bedarf freiwillige Vorbereitungskurse in Buchführung, Kalkulation, Wechselkunde, Gewerberecht und Gesetzeskunde voraus.

Je nach Zahl der Beteiligten werden wieder von den gewerblichen Vereinigungen der verschiedenen Oberamtsbezirke Vorbereitungskurse, die von der Handwerkskammer und der Zentralstelle für Gewerbe und Handel finanziell unterstützt werden, abgehalten.

Anmeldungen zur Prüfung, wozu Formulare unentgeltlich von der Geschäftsstelle der Kammer bezogen werden können, sind mit Nachweis (Zeugnis oder amtliche Bescheinigung) über das Bestehen der Gesellenprüfung und einer mindestens 4-jährigen Gesellenzeit, sowie mit der Angabe, ob ein Vorbereitungskurs besucht werden will, spätestens bis zum 18. September 1920, an die Handwerkskammer Neutlingen einzureichen.

Mit der Anmeldung ist die Prüfungsgebühr von 50 Mk. auf unser Postcheckkonto Nr. 847, einzubezahlen. Wegen der Einteilung in die Vorbereitungskurse und der Festlegung der Prüfungstermine ist der Anmeldetermin genau zu beachten.

Neutlingen, den 30. August 1920.

Der Vorstand der Handwerkskammer: Vorsitzender: **R. Vollmer.** Syndikus: **R. Hermann.**

Grundbuchamt Calw. Versteigerung eines Wohnhauses samt Garten.

In der Nachlasssache des verstorbenen Medizinalrat Dr. Müller hier kommt dessen Geb.-Nr. 10 2 ar 28 qm Wohnhaus mit 2 gewölbten Kellern, Waschküche und Hofraum auf dem Marktplatz, samt Parz.-Nr. 285 3 ar 71 qm Gemüsegarten, Gartenhaus u. Mauer hinter Geb.-Nr. 10

am Montag, den 6. September 1920, nachmittags 2 Uhr

auf dem hiesigen Rathaus öffentlich zur Versteigerung. Das Haus eignet sich vermöge seiner günstigen Geschäftslage zu einem kaufmännischen oder sonstigen Gewerbebetrieb. Liebhaber sind eingeladen.

Den 31. August 1920.

Grundbuch-Beamter: **Gerichtsnotar R r a y l.**

Grundstücks-Verkauf. 15 ar Acker am Schaffenerweg

verkauft am Freitag Abend 8 Uhr auf dem Grundstück.

J. A. Feldschütz Weimer t.

Hirsau. Der auf Donnerstag ausgeschriebene Weinverkauf findet nicht statt.

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw: **D h n g e m a c h.**

Forstamt Liebenzell. Rotbuchenframholz-Verkauf.

Am Dienstag, 7. Sept. 1920, vormitt. 9 Uhr im Gasthof z. Hirsch in Liebenzell aus Staatswald Abt. Nord- und Hint. Konnenweg, Unt. und Ob. Gfäß: 53 Rotbuchen mit im: 1 I., 2 II., 13 III., 23 IV. und 2 V. Kl. Registerauszüge von der Forstdirektion, O. f. H. Stuttgart.

Zugelaufen ist mir ein schwarzer Spitzer.

Abzuholen gegen Einrückungsgebühr u. Futtergeld bei **Matthäus Rothfuß, Hlzenberg.**

Am Montag mittag ist mein gelber Dachs hund auf den Namen „Walle“ hörend,

abhanden gekommen. Der Ueberbringer, oder wer über den Verbleib des Hundes genaue Auskunft geben kann, erhält gute Belohnung. Vor Ankauf wird gewarnt. **Willy Spörer, Hirsau, Villa Mathilde.**

Sehe ein noch gut erhaltenes **Dualfaß** (350 Liter haltend), dem Verkauf aus **Johannes Schanz, Jainen (Post Liebenzell.)**

Heizbares, gut möbliertes **Zimmer** mögl. mit elektrischem Licht zu mieten gesucht. Angebote unter S. D. 420 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Fässer-Verkauf. Große Partie **Lürlesfässer** 180-200 Ltr. füllfertig, sowie **2 Güssenfässer** mit Hähnen, preiswert zu verkaufen. Empfehle zugleich mein Lager in **Rüblerwaren** **J. Schneider, Rüter und Rübler.**

Einen schönen, schwarzen **Hund** Abstammung Sülmerhund u. einen 5 Monate alten **Ziegenbock** hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Oberkollbach. Eine mit dem 3. Kalb 38 Wochen trüchtige **Schaff-Ruh** hat zu verkaufen **M. Calmbacher.**



Fußballabteilung des Turnvereins Calw.

Am Freitag, den 3. September 1920, abends 8 Uhr **Monats-Versammlung** im Restaurant zur „Bürgerstube“. Der Vorstand.

Bez.-Bienenzüchter-Berein Calw.

Am Sonntag, den 5. September, nachm. 2 Uhr, findet bei Mitglied Ludwig, z. „Waldborn“ in Würzbach (Mailsach) eine **Versammlung** statt. Tagesordnung: 1. Zuckerverforgung. 2. Faulbrut. 3. Einwinterung. Zu zahlreichem Besuch ladet ein der Vorstand.

Mit der **Goldenen Medaille** wurden meine Arbeiten auf allen beschickten Ausstellungen ausgezeichnet. Gerben von Sellen aller Art, alle Gewehrarbeiten, Anfertigung von Selbstvorlagen. **Ankauf von Fellen** aller Art zu den höchsten Tagespreisen. **E. Maishofer, Pforzheim** Lindenstraße 52, Telefon 1501, moderne Tierausstopferei.

Neue Säffer!

von 70 bis zu 600 Liter, sowie **Transportfässer** empfiehlt zu billigen Preisen **G. Paulus, Rüter, Deckenpfronn.**



Hut ab!

vor **Nigrin** Wieder reine Friedensware Sofortiger Dauerhochglanz. Färbt nicht ab. Jede Dose ist mit Banderol versehen.

1 Obersäger sowie 4 tüchtige Gattersäger

sucht bei hohem Lohn; für Unterkunft und Verpflegung wird Sorge getragen **E. Pfleger, Sägewerk, Sulzbach-Saar.**

„Badischer Hof“.

Samstag, den 4. September, abends 8 Uhr **Konzert** des **Mandolinen- u. Gitarren-Club Calw** (M.-G.-C. 1919) Eintritt 2 Mk. Der Ausschuss. Vorverkauf in der Buchhandlung E. Kirchherr, Badstrasse.

Tüchtiges Mädchen,

das selbständig bürgerlich hochen kann und gute Zeugnisse hat, zum 15. Septbr. nach Frankfurt a. M. bei hohem Lohn gesucht. Angebote od. Vorstellung bei **Hiller, Gasthof z. Lamm** in Liebenzell.

Mädchen-Gesuch.

Solides, fleißiges, mindestens 18 Jahre altes Mädchen, mit einigen Erfahrungen im Haushalt, findet bei hohem Lohn, guter Verpflegung und Behandlung dauernde Stelle. Näheres Frau Reallehrer **Schwarz, Neutlingen, Lerchenstr. 14,** od. Frau Marie Schwarz, Gschingen (beim Adler.)

Besseres Gasthaus, Hotel od. Fremdenpension

von Fachleuten zu übernehmen gesucht. Näheres Angebote unter F.S. 202 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Zu kaufen gesucht: 1guterhaltenes poliertes Büfett Kriebenz, 1guterhaltenes poliertes Kleiderschrank

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes unter E. W. 2002.

Infolge waggonweisen Bezugs von Milch- u. Läufer-Schweinen

bin ich in der Lage, die Tiere zu bedeutend herabgesetzten Preisen abzugeben. Die Tiere haben eine zehntägige Beobachtung mitgemacht und sind oberamtstierärztlich untersucht. Käufer ladet hierzu höflichst ein **Gustav Andreatta jr. Hirsau, Telefon Nr. 24.**

Wohnhaus,

besseres, klein oder größer, Ort beliebig, zu kaufen gesucht. Angebote unter E. 102 an die Geschäftsstelle d. Bl. Verkauft neuen **Ruh- oder Einspänner-Wagen** zweimal zum Aufrechten **Gottlob Stürner, Schmied, Gschingen** O. A. Calw.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spec. Krampf u. Rotlauf, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte **Hirsch-Universal-Komposition.** Niederlage in der **Neuen Apotheke Calw.**

Holzäsche

mit wenig Kohlenasche vermischt hat abzugeben. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.